



*Liebe Leserinnen und Leser,*

diesen Mittwoch fand in meinem Ausschuss „Sport und Ehrenamt“ eine Anhörung zum Thema Gewalt in und um Fußballstadien statt- ein wie ich finde sehr wichtiges, aber unterschätztes Thema. Die anwesenden Sachverständiger kamen aus dem DFB, der Fanorganisation „Unsere Kurve“ und anderen Fanprojekten, sowie von Fußballvereinen selber und der Polizei.

Fakt ist, dass es eine neue Bewegung in der Fußballkultur gibt. Eine geringe Anzahl an Stadiongängern nennen sich „Ultras“, treten als eine Art „Sub-Kultur“ in Stadien auf, in dem sie sich durch Kleidung und konspirative Treffen von der Masse abgrenzen, und großes Gewaltpotential mitbringen. Anders als bei Hooligans steht zwar angeblich der Sport im Vordergrund, jedoch wird durch Pöbeleien, Schlägereien, Zaunbesteigungen und Feuerwerkskörper eine unruhige, gewaltbereite Stimmung verbreitet und mehr unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen. Die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze ermittelte die höchste Verletztenquote seit Beginn der Datenerfassung.

So berichtete ein Sachverständiger, dass ein Stadionverbot unter jugendlichen „Ultras“ einem Ritterschlag gleich käme. Die Anhörung ergab, dass Sportverbände, Vereine, Ligen und Fans gemeinsam mit der Politik und den Ordnungsbehörden stärker zusammenarbeiten müssen, um Maßnahmen und Sanktionen schneller umzusetzen.

Darüber hinaus wurde über einen „Fan-Kodex“ gesprochen, den Fußballfans mit ihren Vereinen erarbeiten sollten, in dem Zivilcourage angesprochen wird und somit der Gewalt entgegengewirkt wird. Diese Bewegung sollte meiner Meinung nach unterstützt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

*M. Heil*

### Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (030) 227 77 040  
Telefax (030) 227 76 423  
Em@il [mechthild.heil@bundestag.de](mailto:mechthild.heil@bundestag.de)  
[www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de)

### Schließung der „Ahrtalkaserne“ frühestens 2014

Die Ahrtal-Kaserne in Bad Neuenahr-Ahrweiler bleibt bis mindestens zum Jahr 2014 bestehen, teilte die **CDU-Bundestagsabgeordnete Mechthild Heil** nach der Konversionskonferenz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) am Dienstag in Berlin mit. Dort gab ein Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums bekannt, dass die Bundeswehr im Zuge Ihrer Umstrukturierung in 2012 und 2013 vorerst nur sechs von insgesamt 31 Standorten in Deutschland schließen werde. Die meisten anderen Standorte folgen in den Jahren 2014 und 2015, ein Teil noch später. Die genauen Schließungstermine stehen erst nach Abschluss der Realisierungsplanung im späten Frühjahr 2012 – so wurde es angekündigt - fest. Die CDU-Wahlkreisabgeordnete stellte dazu fest, dass man damit in der Kreisstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler nun zumindest mindestens zwei Jahre Zeit habe, um Vorstellungen über die zukünftige Nutzung der Liegenschaften an der Heerstraße und im „Westend“ zu entwickeln. Mechthild Heil, die innerhalb ihrer CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer eigenen Arbeitsgruppe zur Standortzukunft mitarbeitet, sagte dazu: „Von herausragender Wichtigkeit ist jetzt eine koordinierte Zusammenarbeit aller Beteiligten, um zukunftsweisende Nachfolgenutzungen der verlassenen Bundeswehrliegenschaften auf den Weg zu bringen.“

## Europaweit Schuldenbremsen durchgesetzt

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ein entscheidender Schritt zur Stabilitätsunion gelungen. Auf dem informellen Gipfel vom 30. Januar 2012 haben 25 der 27 Staats- und Regierungschefs den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion fertiggestellt. Lediglich Großbritannien und Tschechien beteiligen sich nicht daran, können aber noch hinzutreten.

Mit diesem finanzpolitischen Pakt, auch Fiskalpakt genannt, verpflichten sich die teilnehmenden Staaten, eine Schuldenbremse in ihre nationale Gesetzgebung aufzunehmen. Gleichzeitig akzeptieren sie eine stärkere Haushaltskontrolle durch die EU sowie Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung. Sollte die Regel des ausgeglichenen Haushalts nicht eingehalten werden, so kann Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben werden, der daraufhin Geldstrafen von bis zu 0,1 % des Bruttoinlandsproduktes verhängen kann. Die genaue Ausgestaltung des Klageverfahrens erfolgt in Kürze.

Die europaweiten Schuldenbremsen schaffen neues Vertrauen und entlasten nachfolgende Generationen. Der Vertrag wird durch die Regierungen im März unterzeichnet und kann in Kraft treten, sobald er von mindestens zwölf Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ratifiziert worden ist. Dazu ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags erforderlich. Innerhalb von fünf Jahren soll dieses zwischenstaatliche Vertragswerk dann in den Rechtsrahmen der EU überführt werden.

Die verbindlichen nationalen Schuldenbremsen sind eine notwendige Grundlage für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), weil sie verhindern, dass der ESM überhaupt in Anspruch genommen werden muss. Die Staats- und Regierungschefs haben daher auch entschieden, dass der ESM bereits zum 1. Juli dieses Jahres einsatzfähig sein soll. Wie im Dezember letzten Jahres vereinbart, wird im März 2012 die Mittelausstattung überprüft. Der ESM trägt zu mehr Stabilität und Solidarität in Europa bei.

Die Einhaltung der strengen Haushaltsregeln wie auch die Rückzahlung etwaiger Finanzhilfen erfordern wachstumsfreundliche Konsolidierung und beschäftigungsfreundliches Wachstum. Neben den Beschlüssen zur Fiskalpakt wurden daher auch vordringliche Maßnahmen zugunsten der Realwirtschaft vereinbart, die durch die Europäische Union flankiert werden sollen. Die dringlichsten Ansatzpunkte sind beschäftigungspolitische Impulse insbesondere gegen Jugendarbeitslosigkeit, für die Vollendung des Binnenmarktes vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft sowie für verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen.

## Verfahren gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten einstellen

Seit der Durchsuchung der Büroräume der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo Ende Dezember 2011 behin-

dern die ägyptischen Behörden die Arbeit der Stiftung. In dieser Woche wurde von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde. Die Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft gegenüber der Stiftung sind haltlos. Das Vorgehen der ägyptischen Behörden verletzt rechtstaatliche Prinzipien. Seit 30 Jahren fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten. Wir werden die Vorgänge in Ägypten zum Thema im Deutschen Bundestag machen. In einem dringlichen Antrag, den wir gemeinsam mit den Fraktionen von FDP, SPD und Grünen einbringen wollen, verurteilen wir das Vorgehen der ägyptischen Behörden. Die freie Betätigung der deutschen politischen Stiftungen ist für die weitere Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens von entscheidender Bedeutung.

## Koalitionsarbeitsgruppe zu ländlichen Räumen eingesetzt

Etwa jeder zweite Deutsche wohnt auf dem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Dynamik bergen die Gefahr, dass die ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer schwieriger wird. Die Bundesregierung hat hierzu im Herbst mit dem Demografiebericht (17/7699) und jetzt mit dem Raumordnungsbericht (17/8360) umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die wir jetzt auswerten wollen. Hierzu haben wir eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen gebildet, die innerhalb des ersten Halbjahres konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten soll.

Besonders wichtig für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren ist die gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Wir dürfen nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Wir müssen neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation finden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen.

## Zukunftsdialog der Bundesregierung ist gestartet

In ihrer Neujahrsansprache hat die Bundeskanzlerin drei für die Zukunft unseres Landes wesentliche Fragen aufgeworfen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie sichern wir unseren Wohlstand? Wie lernen wir als Gesellschaft? Die Bundesregierung diskutiert diese Frage seit dem Frühjahr 2011 mit Wissenschaftlern und Praktikern. Aber da es um unser aller Zukunft geht, hat sie in der vergangenen Woche einen öffentlichen Dialog der

Bürger und der Zivilgesellschaft begonnen. Er steht unter dem Titel „Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft“ und findet im Rahmen der Bürger-Internet-Plattform

[www.dialog-ueber-deutschland.de](http://www.dialog-ueber-deutschland.de)

statt. Darüber hinaus wird die Bundeskanzlerin bei drei Bürgergesprächen im Februar und März mit den Menschen vor Ort in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld diskutieren. Im Mittelpunkt sollen dabei konkrete Handlungsvorschläge und Anregungen für die Bundespolitik stehen, die die Bundesregierung weiterverfolgen und in der Gesetzgebung oder anderen Initiativen umsetzen kann. Die Ergebnisse des Zukunftsdialoges werden im Juli veröffentlicht. Durch den Dialog soll eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Landes angeregt werden.

## Diese Woche im Parlament

Bundesaußenminister Westerwelle hat das ressortübergreifende Konzept der Bundesregierung **Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen** vorgestellt. Dieses ist gerichtet auf die strategische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik angesichts der fortschreitenden Globalisierung und setzt den Rahmen für die Beziehungen mit Ländern, mit denen Deutschland nicht schon im Rahmen der Europäischen Union, der G-8 oder der Nordatlantischen Allianz zusammenarbeitet.

Die Bundesregierung stellt in dieser Woche das **Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit (2012 – 2017)“** vor. Dieses hat zum Ziel, die Sicherheit der Menschen sowie den Schutz kritischer Infrastrukturen zu erhöhen und dabei eine verantwortungsvolle Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu halten. Es schließt sich an das erste nationale Sicherheitsforschungsprogramm von 2007 an und ist wichtiger Teil der „Hightech-Strategie 2020 für Deutschland“. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Forschung für die zivile Sicherheit** begrüßen wir die geplanten Schwerpunkte für die anstehende zweite Programmphase des nationalen Sicherheitsforschungsprogramms und fordern die Bundesregierung auf, das deutsche Engagement im Bereich der europäischen und internationalen Sicherheitsforschung auszubauen.

Wir haben in dieser Woche das **Arbeitsprogramm der Europäischen Union für das Jahr 2012** debattiert, das unter dem Vorzeichen der Euroschuldenkrise sowie der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abkühlung in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union steht. Die Vorhabenplanung ist entsprechend darauf ausgerichtet, eine Balance zwischen der Stabilisierung öffentlicher Haushalte und der Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Die politischen Handlungsfelder erstrecken sich von der Reform der Finanzmärkte über die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020, die Modernisierung des Schengen-Systems bis hin zur Vollendung des Binnenmarktes.

## Daten und Fakten

### Arbeitsmarktentwicklung im Januar weiterhin positiv

Zwar ist die Arbeitslosigkeit zwischen Dezember 2011 und Januar 2012 aufgrund jahreszeitlicher Gründe um 302.000 Arbeitslose gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der arbeitslosen Menschen aber um 264.000 ab. Wesentlich ist laut Agentur für Arbeit der Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Neben konjunkturellen Gründen haben vor allem der Strukturwandel und die Reformen des Arbeitsmarktes zu einer Verbesserung der Chancen geführt: Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich in den letzten Jahren günstiger, als dies bei gleicher Konjunktur noch vor zehn Jahren möglich gewesen wäre. Noch stärker als die Zahl der Arbeitslosen sank die Zahl der Kurzarbeiter: Mit 4.113.000 zählt die Agentur für Arbeit in diesem Januar 489.000 weniger Kurzarbeiter als vor einem Jahr. Die in der Kurzarbeiterzahl zum Ausdruck kommende Unterbeschäftigung vermittelt ein umfassenderes Bild von Defiziten am Arbeitsmarkt als die reine Arbeitslosigkeit, da sie auch Personen mit einbezieht, die z.B. an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen.

Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf hohem Niveau. Im Januar belief sich der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen auf 452.000, das sind 77.000 mehr als im Vorjahr. Dabei steigt die Nachfrage in fast allen Branchen. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Elektro, Energie, Metall, Maschinenbau, Logistik und Gesundheit.

*(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)*

### Nominallöhne 2011 weiter angestiegen

Erste vorläufige Ergebnisse über die nominalen und realen Bruttoverdienste in Deutschland im Jahr 2011 weisen einen Anstieg der Nominallöhne um voraussichtlich 3,3% gegenüber dem Vorjahreswert aus, die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 2,3 %. Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, stiegen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um durchschnittlich 1,0 %. Zum Vergleich: 2010 waren sie um 1,5 % gestiegen, 2009 um 0,4 % gesunken. Der Anstieg der Nominallöhne ist in erster Linie auf den weiteren Abbau der Kurzarbeit sowie höhere Tarifabschlüsse und Sonderzahlungen zurückzuführen.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*